

## Nachrichten



Dammann-Tamke.



Seefried.

## Die Suche nach den Schuldigen

**Landkreis hinkt weit hinterher - Politiker sauer auf Kommunen**

Stade. Nach dem Scheitern der solidarischen Umsetzung des Ausbaus der Betreuungsangebote und Krippenplätze im Landkreis Stade gibt es jetzt Schuldzuweisungen und Erklärungsversuche. Haben die Gemeinden Schuld, die sich dem Solidarfonds verweigert haben? Oder die Landesregierung, die ihren Finanzierungsanteil in Betreuungskosten und nicht in Steine und Beton investieren will? Oder ist es der Bund, der bei seiner Berechnung der vorhandenen Kapazitäten die gewaltigen regionalen Unterschiede bei der Betreuung von unter dreijährigen Kindern nicht berücksichtigt hat? Im Blickpunkt der Auseinandersetzung stehen die Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Stade.

Das TAGEBLATT hat Kai Seefried, Helmut Dammann-Tamke (beide CDU) und Petra Tiemann (SPD) gefragt, warum im Kreis Stade zu wenig Geld ankommt, um alle Wünsche zu erfüllen. Es fehlen drei Millionen Euro. Die beiden Abgeordneten der Regierungspartei CDU hatten sich in Hannover für mehr Geld eingesetzt, sind damit aber gescheitert. Es gibt im Kreis Stade im Vergleich zu anderen Regionen rechnerisch viel zu wenig Krippenplätze. Kai Seefried aus Drochtersen geht von einem Versorgungsgrad von vier bis fünf Prozent aus. Die Bundesregierung ist von 17 Prozent ausgegangen. Ziel sind 35 Prozent.

"Wir haben hier eine besondere Situation, weil der Bedarf bei uns als ländlich geprägtem Raum nicht so groß war wie in anderen Gebieten", sagt Seefried. Wenn der Kreis Stade mehr Geld bekäme, um Defizite aus der Vergangenheit aufzuarbeiten, würden andere Regionen, die ihre Hausaufgaben gemacht haben, Geld abgeben müssen. "Das ist schwer vermittelbar, besonders wenn man bedenkt, dass der Kreis Stade zu den stärksten Wirtschaftsstandorten in Niedersachsen gehört", sagt Dammann-Tamke aus Ohrensen. Er und Seefried hatten sich vor Ort massiv für das Uelzener Modell eingesetzt. Dessen Scheitern ist auch für sie eine Enttäuschung.

"Wir haben beim Bau des neuen Schulzentrums Apensen vor ein paar Jahren im Kreistag Apensen bis an die Grenze des Vertretbaren unterstützt", sagt Dammann-Tamke. Er könne sich angesichts der Weigerung der Gemeinden Apensen und Sauensiek nicht vorstellen, dass es noch einmal möglich sei, eine ähnliche Solidarität zu

organisieren. Die SPD-Abgeordnete Petra Tiemann aus Fredenbeck spricht von einer "Ausweichargumentation", wenn sie die Erklärung ihrer Landtagskollegen hört. "Wir stehen vor der zentralen Frage, wo wir Geld investieren wollen. Für mich sind es die Schwerpunkte Kinderbetreuung, Senioren und Pflege. Wir treffen bei der Bundestagswahl eine Entscheidung, wohin die Reise geht." (kw)

27.08.2009